



# Milchmädchen Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung  
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad  
und das obere Enztal

Ercheint täglich, ausgen. Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.40 RM. incl. ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr monatlich 1.70 RM. — Einzelnummern 30 Pf. — Postkonto Nr. 60 bei der Oberamtspoststelle Reichenberg Kreisfreie Wildbad. — Bankkonto: Enztalbank Saverle & Co., Wildbad, Hauptkassier: Gemeindefiskus Wildbad. — Postfachkonto 221 74. — Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum im Bezirk Grundpreis 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Reflektierte 30 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Anzeigen und bei Anstufungstellung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluß der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontraktfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachlassgewährung weg.

Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Sed, Wildbad, Wilhelmstraße 60. Telefon 179. — Wohnung: Dismarktstraße 66.

## Nur deutsche Lebensmittel im Kruppischen Konsum

Ein nachahmenswertes Beispiel industriell-agrarischer Zusammenarbeit

„Die Leistungssteigerung der deutschen Landwirtschaft in den letzten zwei Jahren findet ein Spiegelbild in der Lebensmittelbeschaffung der Kruppischen Konsumanstalt“. Unter diesem Titel bringt die Abteilung Landmaschinenfabrik der Fried. Krupp A.-G. in Essen eine kleine Flug-schrift heraus, aus der hervorgeht, daß sich die Kruppische Konsumanstalt, die mit rund 230 000 Kaufberechtigten die größte Werkskonsumanstalt Deutschlands ist, im Lauf der letzten beiden Jahre dank ihrer beharrlichen Bemühungen um das deutsche Erzeugnis fast gänzlich vom Bezug ausländischer Lebensmittel freimachen konnte. Diese Bemühungen des Kruppischen Konsums erhielten besonders Anfang 1928 einen stärkeren Anstoß durch eine Denkschrift der Verbindungsstelle der Preussischen Hauptlandwirtschaftskammer für das niederrheinisch-westfälische Industriegebiet über die Lebensmittelversorgung dieses Bezirks. Diese Denkschrift sollte zeigen, wie dieses gewaltige Bedarfsgebiet, das sich infolge der Nachkriegsverhältnisse sehr stark auf ausländische Lebensmittel eingestellt hatte, für die Erzeugnisse der deutschen Landwirtschaft zurückzugewinnen sei. Wenn man die damalige Herkunft der Lebensmittel nach Art und Menge mit der heutigen vergleicht, so ergibt sich die höchst erfreuliche Tatsache, daß in der kurzen dazwischenliegenden Zeit die deutsche Landwirtschaft im Kampf gegen das ausländische Erzeugnis recht ansehnliche Erfolge zu verzeichnen hat. Der heutige Stand der Lebensmittelbeschaffung durch die Kruppische Konsumanstalt läßt z. B. erkennen, daß dort nur deutsche Kartoffeln eingeführt werden. Gemüse wird zwar von der Konsumanstalt nicht selbst verkauft, doch bezieht der Kruppische Gartenbauverein jährlich erhebliche Mengen inländischer Gemüse- und Blumenzämereien. Der Obstverkauf wurde von der Konsumanstalt erst seit kurzem, und auch nur während der Wintermonate, aufgenommen, wobei sich die Anstalt ganz auf einheimisches Obst beschränkt, das nach Beschaffenheit, Sortierung und Verpackung nach ausdrücklicher Freistellung der Flug-schrift durchaus befriedigt.

Der Vieh- und Fleischbedarf wird ganz überwiegend aus der einheimischen Erzeugung gedeckt, ausländisches Vieh oder Fleisch wurde, und zwar in geringem Umfange als in den Jahren zuvor, nur noch dann hereingenommen, wenn nach der allgemeinen Markt- und Preislage eine andere Möglichkeit ohne große Verluste nicht bestand. Eine gewisse Schwierigkeit für die Fleischbeschaffung liegt darin, daß von der überwiegenden Mehrzahl der Kaufberechtigten der Konsumanstalt weniger erstklassiges Fleisch, als solches von mittlerer Güte verlangt wird, wobei der billige Preis den Ausschlag gibt. Sofern Vieh und Fleisch nicht auf dem Essener Viehmarkt gekauft wird, versorgt sich die Konsumanstalt unmittelbar bei dem deutschen landwirtschaftlichen Erzeuger, und zwar zum Teil durch eigene Einkäufer. Interessant ist die Feststellung, daß der Verbrauch an Geflügel, der Anfang 1928 noch etwa 5 Prozent des gesamten Fleischverbrauchs betrug, fast ganz ausgefallen ist. Milch kommt seit mehreren Jahren aus dem Ausland überhaupt nicht mehr in das Industriegebiet, vielmehr wird der gewaltige Bedarf von durchschnittlich beinahe einer Million Liter pro Tag aus der heimischen Landwirtschaft in einem Umkreis von 200 Kilometer bezogen. Die Kruppische Konsumanstalt fördert den Milchgenuß auf den Arbeitsstellen durch Milchabgabe zum Selbstkostenpreis und durch fortgesetzte Werbung. Für den Erfolg spricht die Tatsache, daß durch die Werkkantinen 1929 etwa 1 458 000 Flaschen vertrieben wurden gegen nur etwa 200 000 Flaschen noch im Jahre 1927. Dabei beteiligt sich die Konsumanstalt mit Rücksicht auf die vorhandenen Verteilungsstellen nicht an der häuslichen Milchversorgung.

Von besonderem Interesse sind die Ausführungen der Flug-schrift über den Butterbezug der Konsumanstalt. Schon im Jahr 1927 verkaufte zwar die Konsumanstalt vorwiegend deutsche Butter, die Zufuhr war aber unregelmäßig, und wiederholt traten auch unangenehme Qualitäts-schwankungen auf, so daß auf einen Teilbezug holländischer Butter nicht ganz verzichtet werden konnte. Um ein klares Bild über die deutsche Leistungsfähigkeit zu erlangen, gab die Konsumanstalt Anfang 1929 in einer Reihe von Fach- und Tageszeitungen eine Anzeige auf, wonach eine Verbindung mit leistungsfähigen Molkereien zur Lieferung einer gut durchgearbeiteten, gleichmäßigen, ungesalzenen Süßrahmbutter in regelmäßigen Mengen von wöchentlich 200 Zentnern gesucht wurde. Durch dieses Herantreten an den deutschen Erzeuger kann der Kruppische Konsum seit Monaten schon ganz auf den zusätzlichen Bezug von Auslands-butter verzichten. Von den Käseforten wurde schon Anfang 1928 außer holländischem Gouda und Edamer sowie edem Emmentaler nur deutsches Erzeugnis geführt. Seit mehreren Jahren bezieht die Konsumanstalt jedoch auch schon von niederrheinischen Genossenschaftsmolkereien regelmäßig größere Mengen von vollfettem Goudakäse. Der Eierbedarf wird seit Jahresfrist ganz aus dem Inland gedeckt, während noch 1927 größere Mengen von Auslands-

## Tagespiegel

Im Schaumburg-Appelchen Landtag stimmten in letzter Sitzung die 9 sozialdemokratischen Abgeordneten für den Anschluß an Preußen, die 5 bürgerlichen dagegen. Die erforderliche Dreiviertelmehrheit wurde also nicht erreicht und der Beschluswurf ist damit abgelehnt.

Aman Allah ist unerwartet von Rom in Konstantinopel einetroffen, wo er Besprechungen mit dem persischen und russischen Gesandten hatte. Es verläuft, Aman Allah bereite seine Rückkehr nach Afghanistan vor.

Im Norden der Dominikanischen Republik (Santo) ist anlässlich der Wahlen eine Revolution gegen den Präsidenten Vasquez ausgebrochen. Die Revolutionäre sollen die Festung Santiago eingenommen haben. Die amerikanische Regierung wird Kriegsschiffe absenden, wenn die Bewegung weiter greifen sollte.

eiern hereingenommen werden mußten. Der Verzehr von Roggenbrot wurde von der Konsumanstalt durch unausgesetzte Werbung und Herstellung schmackhafter Sorten weiter gesteigert. Soweit die Anstalt zum Kauf von Mehl besonders Weizenmehl gezwungen ist, bezieht sie es ausnahmslos von deutschen Mählen.

## Schobers Abschied

Der Berliner Besuch hat sehr befriedigt

Berlin, 25. Febr. Bundeskanzler Dr. Schober erklärte nach Abschluß seines Berliner Aufenthalts dem Vertreter der „Wiener amtlichen Nachrichten“, die Erwartungen, mit denen er nach Berlin gekommen sei und die nicht klein gewesen seien, haben sich in vollem Maß erfüllt. Namentlich bewunderte er die ehrwürdige Persönlichkeit des Reichspräsidenten v. Hindenburg, der mit lebendigstem Interesse alle Schicksalsfragen des Reichs und der deutschen Nation und die internationale Befriedung verfolgte. Der Besuch habe gezeigt, daß es Brüder einer nationalen Familie sind, die hier zusammenkamen. In allen Grundfragen sei man einig gewesen.

## Oesterreichs Aufstieg

Vor der Abreise lud Bundeskanzler Schober die deutsche und ausländische Presse zu einem Teemittag in den Räumen der Presseabteilung der Reichsregierung ein. Dr. Schober entwickelte in einer längeren Ansprache ein Bild über die Lage in Oesterreich. Solange Oesterreich nicht im Besitz einer finanziellen Souveränität gewesen sei, sei ein organischer Wiederaufbau der Wirtschaft nicht denkbar gewesen. Die Verfassungsreform sei gelungen und die innerpolitischen Verhältnisse seien in fortschreitender Befestigung begriffen gewesen. Das Ausland habe wieder Vertrauen in die Beständigkeit der Verhältnisse gefaßt und Oesterreich auf der zweiten Haager Konferenz volles Verständnis entgegengebracht. Der Fehlbetrag im Bundeshaushalt sei bereits 1924 beseitigt worden. Die Weizen-erzeugung, die 1922 nur 26 Prozent des Inlandsbedarfs gedeckt habe, habe sich seitdem verdoppelt. In Roggen, Gerste und Hafer decke Oesterreich bereits 85 Prozent seines Bedarfs; während es 1922 den Bedarf an Zuckerrüben nur zu 22 Prozent habe decken können, habe es jetzt bereits 52 Prozent des Gesamtbedarfs erzeugt. In anderen landwirtschaftlichen Produkten sei es ähnlich. Auch die Förderung von Kohle, Eisen und Stahl sei erheblich gestiegen. Außerordentliche Fortschritte habe der Ausbau der Wasserkräfte gemacht. Die Elektrifizierung der Bundesbahnen sei mit der Inbetriebnahme der Strecke Feldkirch-Bregenz begonnen worden. In den beiden letzten Jahren seien 223 Millionen Schilling an Elektrifizierungsarbeiten entfallen. Von der Postverwaltung sei vor allem bezüglich der Legung von Fernsprekstrecken erhebliches geleistet worden. Die österreichischen Staatsschulden, die 1927 2544 Millionen erreichten, betragen heute nur noch 1987 Millionen, und nachdem nun die Hindernisse für die Begebung der neuen Bundesanleihe beseitigt seien, werde Oesterreich in der Lage sein, ein langfristiges Investitionsprogramm aufzustellen. Industrie und Landwirtschaft erhielten dadurch die dringend nötigen Kapitalzuschüsse. Gleichzeitig werde man aber auch in der Lage sein, Steuererleichterungen eintreten zu lassen. Voraussetzung sei dabei allerdings die Aufrechterhaltung des Arbeitsfriedens. Die Abnahmlichkeiten müßten noch sehr verbessert werden. Die Handelsbilanz sei mit etwa einer Milliarde passiv. Die Ausfuhr steige im Verkehr mit dem ferneren Ausland, folte aber im Verkehr mit den Nachbarstaaten. Dies zeige, daß in Mitteleuropa noch künstliche Hemmungen bestehen.

Dr. Schober forderte zum Schluß die deutsche Presse auf, ihrerseits für eine Steigerung der Ausfuhr Oesterreichs nach Deutschland zu wirken.

Schobers Dank  
Bundeskanzler Dr. Schober hat beim Uebertreten

der reichsdeutschen Grenze an Reichskanzler Müller nachstehendes Telegramm gerichtet: „Beim Verlassen des reichsdeutschen Bodens danke ich Ihnen und Dr. Curtius auf das aufrichtigste und wärmste für Ihre herzliche Gastfreundschaft und für all das Schöne und Wertvolle, das diese unvergesslichen Berliner Tage erfüllt hat. Zuversichtlich hoffe ich, Sie und den Herrn Reichsaussenminister recht bald in Wien begrüßen zu dürfen.“  
gez. Schober.

Dr. Schober ist am Dienstag vormittag 9.25 Uhr wieder in Wien eingetroffen.

## Deutscher Reichstag

Berlin, 25. Februar.

Der Reichstag beschäftigte sich in erster Beratung mit den Gesetzesentwürfen auf Verlängerung der Geltungsdauer des Mieterschutzgesetzes und des Reichsmietengesetzes. Nach längerer Debatte wurden die Beratungen abgebrochen und die Sitzung auf Donnerstag vertagt. Der Reichsarbeitsminister Wissell erklärte, die Mieterschutz-gesetzgebung müsse bestehen bleiben, bis das Angebot vor allem an mittleren und kleineren Wohnungen der Nachfrage entspreche. Von diesem Zustand sei man aber noch sehr weit entfernt. Bei einer Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft würden Kündigungen in großer Zahl erfolgen. Der plötzlich verstärkten Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt würde ein ausreichendes Angebot nicht gegenüberstehen. Sie dadurch bewirkten Mietssteigerungen würden zu wesentlichen Lohnsteigerungen und zu starken wirtschaftlichen Störungen führen.

Abg. Behrens (Christl. Nat.) warnte vor einer übereilten Aufhebung der Mieterschutzgesetzte. Schon die Aufhebung des Schutzes der gewerblichen Räume habe zu großen Schäden und Nachteilen geführt.

Die Vorlagen wurden darauf mit sämtlichen Anträgen dem Wohnungsausschuß überwiesen.

## Neueste Nachrichten

Die Sanktionsfrage

Berlin, 25. Febr. Das Organ des Reichsverkehrsministers Stegerwald veröffentlicht ein juristisches Gutachten über die Sanktions-gesetze, die im Haager Abkommen enthalten sei, obgleich der Reichsminister für die besetzten Gebiete Dr. Wirth dies nicht zugeben wolle. Gegen dieses Gutachten wendet sich Dr. Wirth in seiner leicht erregbaren Art; er spricht von „unfasslicher Verkennung“ und „unerhörter Leichtfertigkeit“, „krasser Unwissenheit“, „schwerwiegenden Wissensfehlern“ usw. des „Juristen“. Die Beweisgründe, die Dr. Wirth dem Juristen entgegenhält, erscheinen aber nicht zwingend. Der Jurist wird im „Deutschen“ vermutlich auf die Ausführungen Wirths antworten müssen.

Im Reichstag ist bezüglich der Sanktionsfrage auch von anderen juristischen Sachverständigen die Behauptung aufrechterhalten worden, daß im Haager Abkommen tatsächlich die Möglichkeit von Sanktionen gegen Deutschland gegeben sei, wie dies bekanntlich auch der französische Ministerpräsident Lardieu behauptet hat.

## Allgemeines Kirchengebet für die russischen Christen

Berlin, 25. Febr. Der evangelische Oberkirchenrat, die oberste Behörde der evangelischen Kirchen der Altpreussischen Union, hat angeordnet, daß am 1. Passionssonntag, den 9. März, in sämtlichen Kirchen der Not der bedrängten Christen in Rußland im Gottesdienst in besonderer Fürbitte gedacht werden soll.

## Streichung der Staatszuschüsse für die Thüringer Volkshochschule

Weimar, 25. Februar. Das thüringische Volksbildungsministerium hat der Volkshochschule Thüringen mitgeteilt, daß mit der Streichung sämtlicher Staatszuschüsse für die Erwachsenenbildung in Thüringen zu rechnen sei. Auch mit der Weitergewährung der bisher durchgeführten Entlastungen von Lehrkräften in ihrer Schultätigkeit zugunsten ihrer Arbeit in der Erwachsenenbildung soll nicht mehr gerechnet werden können.

## Wieder ein Spionageprozeß

Leipzig, 25. Febr. Vor dem Reichsgericht begann heute ein umfangreicher Spionageprozeß gegen den 24-jährigen Techniker Rudolf Grosse, dessen Bruder, den 21-jährigen Techniker Erwin Grosse, und den 43 Jahre alten Vertreter Willi Adamczyk, sämtlich aus Berlin. Sie haben geheim zu haltende Schriften und Zeichnungen zur Kenntnis einer anderen Macht gebracht und dadurch die Sicherheit des Reichs gefährdet.

Wegen Gefährdung der Staatsicherheit wurde die Öffentlichkeit für die ganze Dauer der Verhandlung, die mehrere Tage in Anspruch nehmen wird, ausgeschlossen.







